

**Bezugspreise**  
Für alle monatlich bei zweimonatlicher  
Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, durch den Post monatlich  
8,25 Mark, durch den Post vierteljährlich  
24,75 Mark, einjährlich 30 Mark, einschließ-  
lich Zustellungsgebühr. Des-  
stellungen werden von allen Reichs-  
poststellen angenommen. Im  
einzelnen, Zeitungsverzeichnis unter  
Einschaltung des Postamtes, ist  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellennennung, „Zoo-Zeitung“ ge-  
statet. Ferner der Zeitungsverzeichnis  
Nr. 1149, der Preisangelegenheiten  
Nr. 1153, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Zoo-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise**  
Die 8 gespaltenen 34 mm breite Millimeter-  
zeile oder deren Raum 40 Pf., Familien-  
anzeigen 40 Pf., Restante  
die 92 mm breite Millimeterzeile  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
sonstige Geschäftsstellen a. Familien-  
Anzeigenpreise. Erfüllungsort  
Galle. Erscheinung täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Einschaltung und Haupt-  
geschäftsstellen: Galle, Neu-Brom-  
nade 1a, Dr. Traubauerstr. 17.  
Stben - Geschäftsstellen: 0780  
Mühlstraße 32 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4006.

Nr. 231.

Halle, Sonnabend, den 21. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Die Ruhepause in Sowjetrußland.

D. E. St. Petersburg, Mitte Mai.

Die Märzkrise ist gegenwärtig mindestens äußerlich durchaus überwunden. Lenin ist ruhig im Kreml wie zuvor. Trotz hat sich nicht in den Schmelzofen zerlegt, entgegen und eine „innere Front“ gibt es nicht, die Unruhen, soweit sie stattfinden, gehen über ein bescheidenes Maß nicht hinaus. Den besten Beweis hierfür liefert die zu dauernde Demobilisierung der Roten Armee: Mitte April ist neuerdings die Entlassung von sechs weiteren Jahrgängen verfügt worden.

Richtig bleibt, daß die Sowjetregierung des Bandenwesens in Südrußland noch nicht Herr geworden ist. Diese Bewegung legt unter der Flagge des bekannnten ukrainischen Marchisten Machno, hat mit ihm aber nichts wenig zu tun. Machno selbst vertritt nur eine ziemlich kleine Schar, mit der er der Regierung allerdings augetreut recht unbedeutend wird. Die eigenartige Persönlichkeit dieses Bandenführers verdient eine kurze Beschreibung. Von allen Gegnern der Sowjetregierung, die seit über drei Jahren in Rußland aufgetreten sind, ist Machno der einzige, dem man bisher nicht bekommen können. Wie oft auch bisher die Vernichtungssaktion gegen ihn angeündigt und eingeleitet wurde — er erwies sich immer wieder als ein Schlak ins Wasser. Den regulären Truppen im offenen Kampf natürlich nicht gewachsen, entzog sich Machno demnach stets mit ungläubiger Gewandtheit jeder Umfassung, oft freilich nur unter großen Opfern, die jedoch durch frischen Zugang reich ausgeglichen wurden. Zeitweilig haben die Bolschewiki mit ihm sogar patieren müssen (das letzte Mal vor der Niederwerfung Branzels im November 1920). Aus alledem geht schon hervor, daß Machno keine ganz gewöhnliche Erscheinung ist. Er genießt in der Ukraine zweifellos eine gewisse Popularität, und es ist nicht unmöglich, daß ihn der Bolschewiki einmal in den Rang eines legendären Helden erheben wird, wie etwa den berühmten Räuber Stenja Rabin aus dem 18. Jahrhundert. Auch Machno wird meist — und insbesondere von den Bolschewiki — als gemeiner Mörder hingestellt. Das ist jedoch nicht zutreffend. Machno ein oberschlauer, schlagfertiger, mit gründlicher Bildung, kämpft ebenso für eine Idee wie die Bolschewiki: er ist aber zueigentlich fanatischer Marchist. Er sieht in der strengen, despotischen Staatsgewalt des Bolschewismus das größte Uebel und sieht daher vor nichts zurück, was diese Staatsgewalt schädigen könnte. Geinen Haß überträgt er auf alle, die freiwillig oder unfreiwillig der Regierung Dienste leisten, und daraus erklärt es sich, daß in einer von Machno „eroberten“ Gegend jedem Sowjetbeamten die Kugel droht. Auch Machnos Forderungen, die nachteilig genauere sind, erklären sich fast aus seinem Bolschewikienhaß, den er, wie dies in Rußland häufig geschieht, mit antisemitischen Tendenzen verquillt.

Selbstfalls darf man sagen, daß Machno bei seinen Handlungen nicht von Gelbigkeit oder einfacher Rachlust, sondern von einer Idee ausgeht. Wie weit das auf seine Anhänger zutrifft, ist eine andere Frage. Unterstützung findet er bei den unzufriedenen Bauern, die von anarcho-schlischen Ideen natürlich unberührt sind. Es dürfte überdies noch wohl in noch höherem Maße gelten, als bei den Bolschewiki, daß seine Idee keine große Begehrtheit ihr Schicksal zu führen. Alles andere nur gar, was unter dem Namen Machnos benutz, aber in seinem Zusammenhang mit ihm steht, ist einfach Raubgeland. Dieses ganze Treiben kann zwar zuweilen ziemlich unangenehm werden, aber von einer ernstlichen Bedrohung der Sowjet Herrschaft ist natürlich nicht die Rede. Die Machnobewegung ist schon ihrem Prinzip nach organisationslos, und somit unfähig, der strengen Organisation der Bolschewiki wirklich gefährlich zu werden.

Auch in den Industriebezirken, im Meer und in der Flotte ist die Ruhe äußerlich wiederhergestellt. Freilich, es ist „die Ruhe ein os Kirshof“, unter der Oberfläche geht es weiter, und insofern kann man nicht wissen, wie lange die Ruhepause dauern wird. In einem europäischen Lande wäre die von den Bolschewiki angewandte „Beruhigungsmethode“ schwerlich ohne Folgen geblieben. Als während der Februarunruhen in Petersburg und Moskau die Arbeiter den Bewirtschaftungsstellen der Bolschewiki einiges Mißtrauen entgegenbrachten, erklärte die Regierung feierlich, daß keinem Arbeiter wegen seiner Beteiligung an den Protestbewegungen ein Span gefürchtet werden solle. Dieses feierliche Versprechen fand schieflichen Glauben. Wie die Bolschewiki dieses Wort gehalten haben, ist bekannt: Hunderte von Proletariats, die nie Weisgarbitten oder Menschewiki gewesen sind, wurden heimlich verhaftet und in die Gefängnisse geworfen, in denen sie größtentils noch heute schmachtet. Ähnlich, nur weitaus rigorosier, war das Verfahren während des Aufstandes von Kronstadt und nach seiner Unterdrückung. Als die Truppen gegen Kronstadt zusammengezogen wurden, stellte man die Petersburger Matrosen (etwa 7000 Mann) vor die Wahl, ob sie an den Operationen gegen Kronstadt teilnehmen oder lieber nach dem Süden abgehoben werden wollten. Im Süden verfügt die Sowjetregierung bekanntlich über keine Kriegsstärke. Dennoch — wenn auch unter bestiger Entzürung und lärmendem Protest — wählten die Matrosen den Süden, um nicht gegen ihre Kameraden kämpfen zu müssen. Man schob je nach wirklich nach dem Süden ab; aber jeder sechste Mann wurde erschossen.

Weit in den Schichten gestellt wurden diese Fälle durch das, was sich in Kronstadt nach seiner Einnahme abgepielt hat. Ja, man darf vielleicht sagen, daß hinter der Rede für Kronstadt alle anderen Bluttaten des

roten Schreckens weit zurückbleiben. Die Nachrichten von blutrünstigen Befehlen Trotzki, der die Weisungen in Kronstadt ganz offiziell angeordnet haben soll, sind allerdings erfunden. Öffentlich wurde nur ein Duzend Rädelsführer abgeurteilt und erschossen. Insofern aber ließ man der Unberücksichtigung Kommission, die hier „Tschernschichta“ genannt wird, freie Hand, und sie hat ausgiebig davon Gebrauch gemacht. Das alle, die im Verstande standen, an der Bewegung teilgenommen zu haben eingekerkert oder vielfach kurzerhand erschossen wurden, ist eigentlich nicht weiter erstaunlich. Aber die Verzelung ging viel weiter; sie traf auch diejenigen, die nicht klar beweisen konnten, daß sie dem Aufruhr absehend gegenübergestanden hatten, und unter diesen nicht nur die Matrosen und sonstigen Militärpersonen, sondern auch die Zivilbevölkerung. Es hat nicht viele Häuser in Kronstadt gegeben, in denen nicht ein Agent mit gegangem Revolver existierte und dem Familienrat die Frage vorlegte: „Was haben Sie während des Aufstands getan, um die Sowjetregierung zu unterstützen?“ und wer sich nicht rechtfertigen konnte, erhielt ohne viel Federlesens die Kugel. So herbstig nun allerdings auch in Kronstadt die Ruhe eines Kirshofs. Und nur vereinzelt und stüßend gehen die Erschlagungen aus den Schredentagen von Mund zu Mund.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben selbst in nerhalb der letzten Zeit eine gewisse Beurteilung gefunden. Es gab nicht unbedeutliche Kreise, die die rücksichtslos militärische Unterdrückung des Aufstandes sehr verurteilten. Als dann die Rache gegen Kronstadt begann, traten Massen von Mitgliebrern in heller Empörung aus der Partei aus. Andererseits haben die Zugeständnisse Lenins an Arbeiter und Bauern bei den radikalen Elementen der Partei starke Unzufriedenheit erzeugt, namentlich in der Petersburger Organisation, wo die sogenannten „linken Tschobnere“ herrschend sind. Ihre Verleumdung des Machno, nach dem „Kommunisten“ zu reden. Es existiert eine Lieberlinge, und das Ergebnis war, daß einige prominente Schachmacher ihre leitenden Stellungen räumen mußten. Damit ist der Kampf fürs erste beendet, aber er kann selbstverständlich bei jeder Gelegenheit wieder emporkommen.

## Aus Oberschlesien.

Die Lage in den einzelnen Kreisen Oberschlesiens ist unverbändert. Es liegen Berichte vor, in denen gesagt wird, daß sich aus der Stadt Seiden etwa 500 Studenten und Schüler zu unruhigen Taten bewegen haben. Die Verluste an Leben und Verwundeten aus ihren Reihen werden durch Anschlag am schwarzen Brett der Universität bekanntgegeben. In Polen sind schreckliche Verbrechen weiter in Tätigkeit. Nach weiteren Mitteilungen und in immer die Lage unangenehm, weil unklar, in der Gegend von Krakau, Sieben- und Oberschlesien festgesetzt worden, desgleichen Posen- und Militärgänge.

Aus Katowice deutschen Kreisen wird berichtet: Das Telegramm Korjants an die Interalliierte Kommission, in dem er sich erbot, die besetzten Schiefersteine zurückzuführen, aber keine Linie anzuhalt, bis zu der der Rückzug erfolgen soll, wird hier nur als ein neuer Versuch zur Schaffung einer Demarkationslinie angesehen. Jede, auch nur im geringsten günstige Bewegung der Lage ist durchaus unangenehm. Die Lage der letzten Tage habe auch ein gewisses Maß erreicht, als gebietet, in immer die Lage unangenehm, weil unklar, in der Gegend von Krakau, Sieben- und Oberschlesien festgesetzt worden, desgleichen Posen- und Militärgänge.

## Das Entwaffnungsalutatum.

Seute mittag 12 Uhr ist die erste Frist abgelaufen, die von der interalliierten Militärkontrollkommission in ihrer Note vom 12. Mai zur Ausführung des von Deutschland angenommenen Entwaffnungsalutatum gesetzt worden ist. Innerhalb dieser Frist hatte die deutsche Regierung die von der Kommission festgesetzten Höchstzulassungen an Kriegsmaterial für das Heer und an Ausrüstungsmaterial für die Seebesatzungen anzuerkennen. Sie hatte sich der von der Kommission aufgestellten Liste der zur Herstellung von Heeresgerät zugelassenen Fabriken zu unterwerfen. Es waren ferner die Befehle über die Ablieferung der von der Kommission nicht zugelassenen Geschosse, Waffen und des Gerätes der Landbesetzungen sowie über die Abgabe der überschüssigen Bestände an Ausrüstungsmaterial für die Küstenschutzstellungen zu erlassen, und der Kommission mitzuteilen. Es waren endlich Maßnahmen zu treffen, um die Freiheit der von der Kommission auszubühnenden Kontrolle sicherzustellen und die zu diesem Zweck getroffenen Anweisungen zur Kenntnis der Kommission zu bringen. Die geforderten Erklärungen sind sämtlich vor Ablauf der Frist vom Ausrüstungsamt im Namen der Reichsregierung vorgehalten abgegeben. Der Befehl zur Ablieferung der nicht zugelassenen Geschosse, Waffen und anderen Bestände der Landbesetzungen ist vom Reichswehrminister bereits am 13. Mai, die anderen durch die Note verhängten Befehle sind am

19. Mai erlassen worden. Die aus der Annahme der betreffenden Bestimmungen sich ergebenden Folgerungen sind sofort gezogen. Die nötigen Anweisungen sind erteilt.

## Frankreich übernimmt keine Garantie

Auf die englische Anfrage, ob Frankreich das Ruhrgebiet besetzen werde, falls die französische Regierung gezwungen wäre, hat sie nicht im Augenblick sagen können ob irgendein Ereignis die Besetzung nötig machen würde. Sie glaubt nicht, daß ein solches Ereignis in Oberschlesien eintreten würde; aber sie könne keine Garantie für Möglichkeiten übernehmen, die nicht vom Willen Frankreichs abhängen. Auf den dringenden Wunsch Englands, eine Zusammenkunft des Obersten Rates so bald wie möglich stattfinden zu lassen, antwortete die französische Regierung, sie könne auf diesen Wunsch sich erst nach dem Abschluß der Kammerdebatte, also nicht vor Montag, äußern. Bei diesen Unterhaltungen soll nach dem „Temps“ auf die Gefahren hingewiesen worden sein, die durch die Organisation deutscher Freischüler an der schlesischen Grenze drohen.

Gegenüber Briands Aeußerung, daß Lloyd Georges Bestätigung nur auf einen Anfall von schlechter Laune zurückzuführen sei, wird von englischer Seite berichtet, daß es dies mal Lloyd Georges sehr ernst gemeint, und daß er selber mit Absicht keine Erklärung am Tage der Kammeröffnung veröffentlicht habe, um eine Antwort Briands in der Kammer herauszufordern. Er habe das besonders deshalb getan, weil Briand zu einer Unterredung über Oberschlesien offenbar keine Lust habe. „Die Lage ist ebenso schlimm wie 1914“ hat angeblich ein englischer Diplomat gesagt, „wenn nicht rasch eine Klärung erfolgt, droht ein neuer Krieg!“

In der letzten Erklärung Lloyd Georges steht ein Satz, der den Franzosen zu denken gibt. Das ist die Stelle, in der Lloyd George von den fünfzig Gruppen Englands und der Bälle spricht. Die Zukunft der Welt und besonders Europa werde durch alte oder neue Freundschaften bestimmt werden. Die französischen Setzungen verlangen, daß der Sinn dieser Worte genauer ausgedrückt wird, wobei einige nationalistische Geister durchdröhnt sind, daß Frankreich stark genug sei, um seinen Weg allein zu finden. In anderen Blättern wird freilich darauf hingewiesen, daß die Frage nicht mehr heißt: Wie soll Oberschlesien verteilt werden? sondern daß sie sich jetzt so formulieren läßt: England oder Polen? Da für die Franzosen auch trotz der Rüstung gegen Lloyd George die Antwort auf diese Frage nicht zweifelhaft sein kann, wird der Aufregung wahrscheinlich bald wieder eine äußerliche Beruhigung folgen. Von Briands Rede in der morgigen Sitzung hängt viel für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern ab. In den Kreisen der neutralen Diplomaten wird angenommen, daß Frankreich durch Polen durch Abmachungen über Oberschlesien gebunden sind, die bei dem Scheitern des Versailles Pakt bedürftig beschloßen wurden.

## Kammerführung in Paris.

In der heutigen Sitzung der Kammer ergriff zunächst der Abgeordnete Marcel Cachin das Wort. Er wurde in seiner Rede wiederholt unterbrochen und es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen. Cachin erklärte, daß der Friedensvertrag von Versailles und die anderen Friedensverträge sowie die später hinzugekommenen Abkommen in Europa geschlossen haben, das sich in einer viel schwierigeren Lage befindet als das Europa von 1914. Die Entente habe nach den Worten eines englischen Journalisten Europa balkanisiert. Der Redner fragte, ob man etwa geglaubt habe, die Voren für einen internationalen Frieden aufstellen zu können, ohne Rußland zu fragen. Seit 48 Stunden seien die Mißverständnisse zwischen dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten so, daß eine Krise in der Allianz die Lage noch komplizierter gestaltet habe. Cachin brückte die Befürchtung aus, daß die Lösung der oberirdischen Frage, die man finden werde, keine Friedenslösung sei, weil nicht nur der Rußland, sondern auch der Abbruch des Friedens schwerig gestalte, sondern weil große internationale Interessen der Schwerindustrie und der Kohlenereiger die Frage komplizierten. Cachin verlangte vom Ministerpräsidenten, daß er endgültig auf die Befragung des Rußlandes verzichte. Sodann ergriff der Abgeordnete Fargot das Wort. Er beschränkt an erster Stelle den Betrag der Reparationsschuld Deutschlands. Die Erhebung durch die Reparationskommission sei auf eine falsche Interpretation des Versailles zurückzuführen. Aber die Reparationskommission hätte Rücksicht nehmen müssen auf alle Lasten Frankreichs, die durch den Versailles verlangt worden seien. Das Ergebnis sei, daß Deutschland nicht nur nicht bezahlt, was es schulde, sondern daß Frankreich nicht einmal fähig sei, das zu bezahlen, daß es selber bezahlt habe. Jetzt stelle sich die Frage, ob das Abkommen von London gegenüber dem Abkommen von Paris ein Zurückweichen bedeute. Er antwortete darauf mit Ja. Weiter stelle er sich die Frage, ob Frankreich durch das Abkommen von London genug erhalten habe, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Frankreich habe Schulden im Betrage von ungefähr 500 Milliarden Mark, davon Kriegsschulden und Kriegsschulden im Betrage von 133 Milliarden, kurzfristige Schulden im Betrage von 61 Milliarden, Schulden bei der Bank von Frankreich im Betrage von 26 Milliarden, Kapitalverluste der Pensionen





